

- Vorabveröffentlichung -

Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski
Präsidentin des Thüringer Landtags

Ausstellungseröffnung „Konspirative Wohnungen in Erfurt“ am 28.09.2007 im
Kunsthhaus Erfurt

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

ich begrüße Sie sehr herzlich zur Eröffnung der Ausstellung „Konspirative Wohnungen“. Was wie der Titel eines zurzeit hoch in der Gunst des Publikums stehenden Spionage-Thrillers klingt, ist keine Fiktion, sondern war Wirklichkeit. Bis vor über 18 Jahren hier in Erfurt und überall sonst in der ehemaligen DDR.

Dank dieses internationalen Kunstprojektes können wir ab heute beobachten, von wo aus die Erfurter Bürgerinnen und Bürger beobachtet und überwacht wurden – von den konspirativen Wohnungen, von öffentlichen Gebäuden, Cafés, Büros.

Kommt Ihnen das ein wenig voyeuristisch vor? Nun, Kunst im Allgemeinen lebt von der Lust am Schauen. Im Fall der Ausstellung „Konspirative Wohnungen“ tritt aber der aufklärerische Impetus der Organisatoren in den Vordergrund. Den Künstlern geht es darum, etwas sinnlich erfahrbar zu machen, was viele Menschen bereits verdrängt haben und nun in der Fülle der Alltagsprobleme in Vergessenheit zu geraten droht. Es geht darum, die flächendeckende Überwachung der Menschen durch die Staatssicherheit wieder bewusst zu machen.

Dass Aufklärung Not tut, zeigt eine vor kurzem durchgeführte Befragung unter 2.000 Berliner Schülern. Knapp zwei Drittel lehnten die Aussage ab, in der DDR sei der Alltag für viele durch Diktatur und Überwachung geprägt gewesen. Und jeder Zweite widersprach der These nicht, die Bundesrepublik Deutschland sei zwar anders, aber auch nicht besser als die DDR.

Wenn junge Menschen den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur nicht mehr kennen, müsste dann nicht ein öffentlicher Protestschrei unser Land erschüttern? Denn was steht für die Zukunft unserer Gesellschaft zu erwarten, wenn unsere Kinder die elementarsten Lehren der deutschen Geschichte nicht erfasst haben, dass nämlich die staatliche Unterdrückung der Freiheit nicht nur eine individuelle Katastrophe für den Einzelnen, sondern immer auch eine nationale darstellt.

Sicher, der Umgang mit dem historischen Erbe der beiden Diktaturen ist ein schwieriges Kapitel. Aber obwohl seit dem Ende der ersten Diktatur des 20. Jahrhunderts von 1933 bis 1945 schon 60 Jahre vergangen sind, wird berechtigter Weise stark an der Aufarbeitung dieses dunkelsten Teils unserer Geschichte gearbeitet. Warum aber treibt die historische Erblast der zweiten Diktatur, die 40 Jahre dauerte und noch dazu vor noch nicht einmal zwei Jahrzehnten endete, nicht mehr Menschen in unserem Land um? Warum bleibt die Diskussion über den

Umgang mit dem schwierigen Erbe der DDR auf eine kleine Gemeinde aus Bürgerrechtlern und Wissenschaftlern begrenzt?

Ich finde dafür keine abschließende Antwort; ich glaube jedoch, dass wir, die Bürger der ehemaligen DDR, mit größeren Erwartungen an die Aufarbeitung unserer Geschichte heran gegangen sind, als der Rechtsstaat der alten Bundesrepublik Deutschland erfüllen konnte. Wir haben uns damals historische Gerechtigkeit versprochen, aber die hat in vielen Fällen ein anderes Gesicht als das Recht.

Durch die restriktiven Vorgaben des Einigungsvertrages wurden Urteile gesprochen, die von vielen DDR-Bürgern nicht verstanden wurden geschweige denn verinnerlicht werden konnten. Hinzu kommt, dass viele hochrangige SED-Funktionäre und MfS-Mitarbeiter ihre Privilegien aus DDR-Zeiten sichern konnten – ganz legal; Urteile des Bundesverfassungsgerichts haben das bestätigt. Einige Opfer der Gewaltherrschaft erhalten lediglich eine bescheidene Zusatzrente. Aber sieht so die erhoffte Gerechtigkeit aus?

Viele Unrechtsakte der DDR – man denke nur an Schalck-Golodkowski – wurden nicht strafrechtlich gesühnt. Die Rehabilitierungsverfahren für ehemals Verfolgte sind viel zu kompliziert, nicht selten müssen sie heute ihr Recht erst einklagen. All dies hat ein Gefühl der Ohnmacht und des Nichtverständnisses geschaffen, das nach Jahren bei vielen in Desinteresse an der DDR-Geschichte gemündet ist.

Nimmt man dann noch die Fülle der Gegenwartsprobleme hinzu, so verwundert es nicht, dass Menschen aller Generationen anfällig für DDR-Nostalgie sind. Je mehr ihre Erinnerung an das repressive politische System verblasst, desto heller erstrahlt dessen vermeintlich solidarische Ausrichtung und die so genannten sozialen „Errungenschaften“ des SED-Regimes.

Der Prozess der schleichenden Verklärung der Vergangenheit geht einher mit Tendenzen zur Revision des DDR-Geschichtsbildes im gesellschaftlichen Diskurs. Verblüffend selbstbewusst treten offizielle Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in den Medien auf. Einige sprechen ganz offen über ihre Tätigkeit, ja, rechtfertigen ihr Handeln gar mit dem verlogenen Hinweis darauf, mit ihrer Arbeit hätten sie den Frieden gesichert.

Dieser Desinformation und Selbstverklärung gilt es öffentlich entschieden entgegen zu treten. In diesem Sinne verstehe ich die heutige Ausstellungseröffnung auch als ein politisches Signal an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sich die Hoheit über das kollektive Gedächtnis nicht nehmen zu lassen. Das durch die Staatssicherheit begangene Unrecht, die Vergewaltigung der Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen, darf nicht im menschlichen Erinnerungsmagazin hinter Gläsern von Spreewaldgurken und Rotkäppchensekt verschwinden.

Aus diesem Grund ist das Projekt der Künstler aus Großbritannien, Schweden und Deutschland so bedeutsam für unser Land. Es zeigt auf eine Wunde unserer Gesellschaft, vor deren Schmerz bereitendem Potenzial viele lieber die Augen verschließen würden. Das ist menschlich; aber wenn die Wunde heilen soll, müssen wir ihre Existenz anerkennen.

Das Kunstprojekt „Konspirative Wohnungen“ trägt dazu bei, indem es – an verschiedenen Orten der Stadt angesiedelt – den Ausstellungsbesuchern eine Topografie der Überwachung vor Augen führt. Mit Videoinstallationen, Plakaten und Informationstafeln haben die Künstler ein engmaschiges Netz über der Stadt ausgeworfen, an dessen Knotenpunkten jeder Interessierte Einblick nehmen kann in das Überwachungssystem der Staatssicherheit. Allein in Erfurt sind 500 geheime Trefforte in fast 200 Straßen bekannt, die zwischen 1980 und 1989 genutzt wurden.

Eine derartige ortsbezogene Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit stellt eine große Herausforderung für die Besucher dar. Denn die Ausstellung bewirkt natürlich zugleich eine Konfrontation mit der eigenen Lebenswirklichkeit von vor über 20 Jahren. Sie fordert von jedem Besucher, seine eigene Position im gesellschaftlichen System der DDR zu reflektieren. Die wenigsten von uns waren Helden wie etwa Jürgen Fuchs. Eine schwierige Erkenntnis, die jedoch Heilungspotenzial in sich trägt.

In diesem Sinne wünsche ich dieser künstlerisch wie ideell anspruchsvollen Ausstellung „Konspirative Wohnungen“ eine große Resonanz. Nach ihrer Präsentation in Erfurt wird die Ausstellung auch in London zu sehen sein. Ich bin außerordentlich gespannt, wie die Menschen dort auf dieses Thema reagieren. Denn Großbritannien als einem der ältesten demokratischen Länder der Welt sind die Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts glücklicherweise erspart geblieben.

Ich danke dem internationalen Künstlerteam, das sich dieses schwierigen Themas angenommen hat. Mein Dank gilt natürlich auch der Bundeskulturstiftung und der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Hildigund Neubert für die Finanzierung des Projektes. Allen die an dessen Organisation und Durchführung beteiligt waren sei ebenfalls herzlich für ihr Engagement gedankt.